

2. Juli

„Corona und die internationale Führungsrolle der USA“

Gordon Friedrichs & Sebastian Harnisch

Gordon Friedrichs: Mein Name ist Gordon Friedrichs, ich bin Post-Doktorand am Graduiertenkolleg „Autorität und Vertrauen in der amerikanischen Kultur, Gesellschaft, Geschichte und Politik“, das hier am Heidelberg Center for American Studies ansässig ist und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird. Gegenüber von mir sitzt in unserem virtuellen Zoom-Studio Professor Sebastian Harnisch. Sebastian Harnisch ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen und Außenpolitik am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg und ebenfalls Teil des genannten Graduiertenkollegs „Autorität und Vertrauen in der amerikanischen Kultur, Gesellschaft, Geschichte und Politik.“ Ich grüße dich, Sebastian.

Sebastian Harnisch: Ich grüße dich auch, Gordon. Schön, dass du mit mir zusammen diesen Podcast machst.

Gordon Friedrichs: Ja, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Sie haben sicherlich bemerkt, die heutige Podcast Folge hat ein ungewohntes Format, denn Sebastian Harnisch und ich haben heute die ehrenvolle Aufgabe, ohne Anja Schüler, die normalerweise diesen Podcast moderiert, über das heutige Thema zu sprechen, das nämlich lautet „Corona und die internationale Führungsrolle der USA.“ Wir versuchen unser Bestes, um diese Rolle wahrzunehmen und zu erfüllen. Sebastian, wir haben uns im Vorfeld kurz darüber ausgetauscht, wie wir denn dieses Thema „Corona und die internationale Führungsrolle der USA“ angehen wollen, und wir haben uns auf drei Themenblöcke verständigt. Zunächst wollen wir über Trump, die Trump Administration, Populismus und die internationale Ordnung am Beispiel der WHO sprechen, das ein bisschen einordnen, wie diese Krise nicht nur die internationale Ordnung, die internationale Staatengemeinschaft, vor Herausforderungen gestellt hat, sondern auch wie die Trump Administration, die man durchaus rechtspopulistisch nennen kann, denn damit umgegangen ist und was das mit der US-Führungsrolle denn so gemacht hat. Dann wollen wir über das Verhältnis zwischen den USA und China in dieser Krise sprechen. Und zuletzt darüber, inwiefern auch andere internationale Krisen neben der Coronakrise die Präsidentschaftswahlen dieses Jahr denn beeinflussen und beeinträchtigen, und in welche Richtung sich die USA denn nach der Wahl womöglich bewegen könnten. Vielleicht einfach kurz zum Einstieg für die Zuhörerinnen und Zuhörer auch noch mal ein paar aktuelle Zahlen, sowohl aus den USA, aber auch international. Die Zahl der Infizierten in den USA steigt weiterhin. Wir hatten, glaube ich, innerhalb der letzten 24 Stunden über 30.000 Neuinfizierte. Das hat nochmal eine neue Dynamik

bekommen. Es werden nicht weniger, sondern es werden zu Teilen auch mehr, und sie verteilen sich auch über die einzelnen Bundesstaaten jetzt auch in einer neuen Dynamik, da können wir vielleicht auch noch mal drüber sprechen. Wir haben mittlerweile weit über 100.000 Todesfälle, mehr als eine Million Infizierte - da sind natürlich diejenigen, die genesen sind nicht immer gleich von abgezogen, aber zumindest die Zahl derjenigen, die sich überhaupt bislang infiziert haben, ist jetzt schon über eine Million. Und wir haben eine rasant ansteigende Arbeitslosenzahl, die jetzt erst in den letzten sieben, acht Tagen sich so ein bisschen einpendelt und auch jetzt wohl die neuesten Zahlen - ich habe vorhin mal reingeschaut beim Department of Labor - auch so langsam wieder runtergehen. Wir sind, glaube ich, mittlerweile bei 13 Prozent. Der US-Kongress hat insgesamt drei Billionen US-Dollar in "Relief-Packages" verabschiedet, in sogenannten Hilfspaketen. Das Congressional Budget Office prognostiziert, dass das ein Haushaltsdefizit von knapp 3,7 Billionen US-Dollar für 2020 erreichen wird, also knapp 18 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Und zum Vergleich einfach mal: während der Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2008 betrug das Defizit, damals im Jahr 2009, gerade mal zehn Prozent, also 1,4 Milliarden. Das heißt, wir haben es natürlich hier auch mit einer umfangreichen, nationalen Wirtschaftskrise zu tun. Und auch international das Ausmaß der Pandemie: 8,6 Millionen Infizierte, davon über 450.000 Verstorbene. Der IMF, der Internationale Währungsfonds, prognostiziert eine Reduktion des globalen wirtschaftlichen Wachstums von drei Prozent. Es wird zumindest angegeben, dass akkumulierte wirtschaftliche Verluste von circa neun Billionen US-Dollar resultieren werden, das wäre das Volumen der japanischen und deutschen Wirtschaft insgesamt. Zwei Milliarden Menschen weltweit könnten potenziell verarmen durch diese Pandemie, und mehr als 90 Länder gelten weltweit als potenzielle Schuldner vor dem Internationalen Währungsfonds. Es ist nicht absehbar, wann diese Krise erstens mal gelöst wird, aber wann sie sich potenziell auch normalisiert, oder zumindest wann man ihr Einhalt bieten kann. Das ist eine internationale Unsicherheit, mit der wir konfrontiert werden. Sebastian, was sagt das über die internationale Ordnung aus, deiner Meinung nach? Und wie geht die internationale Staatengemeinschaft mit dieser Krise um, die so in der Form noch nie dagewesen war?

Sebastian Harnisch: Das ist eine gute Frage, Gordon. Wenn ich da die Antwort darauf wüsste, dann könnte ich wahrscheinlich sehr viel Geld verdienen. Ich verdiene mein Geld im Allgemeinen damit, dass ich zunächst mal versuche, möglichst systematisch zu analysieren, was wir vor uns sehen, bevor wir zu Lösungsansätzen überhaupt übergehen können. Ich möchte mal das Wort des amerikanischen Politikwissenschaftlers und Philosophen John Rawls bemühen, vom Schleier der Ungewissheit, den er in seine Gerechtigkeitstheorie eingebaut hat. Das Argument lautet, Menschen sind immer dann gerecht, wenn sie in einer Situation nicht wissen, ob sie von der eigenen Entscheidung profitieren oder ob sie Schaden nehmen. Denn dann, wenn sie nicht wissen, was hinter dem Schleier der Ungewissheit ist, werden sie in ihre Erwartungen, die die Entscheidungen anleiten, beide Ausgänge mit in Betracht

ziehen. Und ich übertrage das jetzt einfach mal auf die Ungewissheiten, die wir vor uns sehen und wie die Staaten darauf reagiert haben. Wir wissen nicht momentan, ob die Zahl der Genesenen wirklich dazu führt, dass die Genesenen eine Immunität entwickeln, die bei zukünftigen Wellen sie davor bewahren, noch einmal krank zu werden und zu sterben. Wir vermuten das und hoffen das sehr stark. Wir hoffen auch, dass Impfstoffe, die jetzt entwickelt werden, dazu führen werden, dass wir dann auf Dauer unsere Bevölkerung schützen können. Aber wir sind nicht sicher, dass diese Impfstoffe auf Dauer mögliche Mutationen des Virus abfangen können. Und in einer solchen Situation der Ungewissheit, wo wir zum Beispiel als Deutsche oder Amerikaner nicht wissen, ob die USA zuerst einen Impfstoff entwickeln, oder wir, oder ein chinesisches Militärlabor, ist es schwierig, internationale Brücken und internationale Kooperation abubrechen. Denn wenn wir darauf angewiesen sein sollten, in der Zukunft mit der Volksrepublik zu kooperieren in Fragen der Impfstoffproduktion und auch der Vermarktung in anderen Weltteilen, weil wir natürlich mit diesen Weltteilen in Zukunft wieder Handel treiben wollen, weil wir dorthin reisen wollen, dann brauchen wir Kooperation. Sodass wir in einem ersten Schritt feststellen können, die Welt und die Staatengemeinschaft hat nicht so kooperativ auf diesen Schleier der Ungewissheit, der durch diesen Virus aufgezogen wurde, reagiert, wie wir das wollten. Diese erste Feststellung kann man dann nochmal spezifizieren, natürlich, dass sehr unterschiedliche Staaten sehr gut auf diese Herausforderung reagiert haben im Sinne der blanken Zahlen. Ich nenne mal Staaten wie Südkorea, Neuseeland, aber auch Griechenland, Vietnam, oder auch die Bundesrepublik, die die Fallzahlen relativ früh wieder in den Griff bekommen haben - auch wenn wir in diesen Tagen wieder mit Schrecken in einige Teile unseres Landes blicken, wie nach Gütersloh. Auf der anderen Seite finden wir Staaten wie die USA, Russland, Brasilien, die es bislang nicht vermocht haben, zumindest als großes Kollektiv, diese Pandemie in den Griff zu bekommen. Und wenn man in die USA blickt, wie du es schon getan hast, dann kann man sicherlich feststellen "the State of New York" hat nach dem Schock der ersten Wochen mit großem Aufwand hervorragend letztlich reagiert. Aber jetzt, wo die Zahlen in Arizona und vielen anderen Staaten in die Höhe gehen, sehen wir, dass die Bundesstaaten untereinander Reisebeschränkungen aufbauen, ähnlich wie wir sie in Europa hatten, sodass selbst die Lehren aus Europa nicht notwendigerweise schon aufgenommen worden sind. Und es bedeutet, dass wir in dieser Krise nicht schnell genug lernen, zwischen den Staaten, aus der ersten Welle Rückschlüsse auf die Bekämpfung der zweiten Welle zu ziehen. Also die internationale Staatengemeinschaft lernt, aber sie lernt im Augenblick zu langsam, um der Pandemie insgesamt Herr zu werden, auch wenn einige Staaten besser dastehen als andere.

Gordon Friedrichs: Ja, und es ist natürlich auch auffällig, die Staaten, die du genannt hast – Brasilien, die USA, Russland, ich würde vielleicht Indien noch mit reinnehmen – das sind ja auch alles Staaten, die von Populisten regiert werden – sowohl Modi von Indien, Bolsonaro als auch Trump gelten als Populisten. Und da ist es natürlich dann

schon auffällig, dass diese nationalistische Außenpolitik "America First", "India First", "Brazil First" den Effekt ausgelöst hat, dass das Aufbauen von Reisebeschränkungen, von Einreisebeschränkungen, Restriktionen von Immigration den gegenteiligen Effekt hat. Dass der Schutz vor dem Äußeren und der Außenwelt nicht dazu führt, dass die Bevölkerung besser dran ist oder besser geschützt ist, sondern ganz im Gegenteil. Ich glaube das Verschließen von diesen Staaten gegenüber ihrer Verantwortung nicht nur gegenüber ihrer Bevölkerung, sondern auch gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft als ein Kollektiv auf eine Krise zu reagieren, hat einfach Schwächen aufgezeigt, von dieser nationalistischen Logik. Aber unabhängig davon hast du ja angesprochen, dass die Staatenwelt lernt, sie lernt vielleicht zu langsam, sie lernt auch zu fragmentiert und zu unterschiedlich. Das wirft natürlich so ein bisschen die Frage auf, wie hat eigentlich die Weltgesundheitsorganisation, die WHO, performiert in dieser Krise und ist eventuell der Ausdruck auch von einem kollektiven, ich will nicht sagen von einem Versagen, aber von einer schwierigen Koordination zwischen Staaten auf multilateraler Ebene auch davon zu sprechen, dass die WHO ihre Rolle nicht erfüllt hat. Es gibt ja so ein paar Vorwürfe, die an die WHO herangetragen werden, unter anderem zum Beispiel, dass sie anfangs keine klare Transparenz gezeigt hat, wie sie denn mit der Krise umgehen möchte; dass sie auch zum Teil zugelassen hat, dass verschiedene Staaten Verschleierungstaktiken verfolgt haben, indem sie beispielsweise Zahlen nicht öffentlich zur Verfügung gestellt haben oder auch mit der WHO geteilt haben, dass also da der Einfluss der WHO und vor allen Dingen des Exekutivorgans der WHO einfach nicht genug Autorität besitzt gegenüber den Staaten. Dass es zudem auch schon seit längerem – schon vor der Krise – auch eine sehr eingeschränkte Compliance der Mitgliedsstaaten gegenüber der WHO gibt und den Statuten, beispielsweise den 2005 weiterentwickelten internationalen Gesundheitsvorschriften, die es formell dem WHO-Generalsekretär erlauben beispielsweise überhaupt eine internationale Gesundheitskrise auszurufen und dadurch auch die Mitgliedsstaaten aufzufordern, ihre Pandemiebekämpfungskapazitäten zu erhöhen. Weniger als die Hälfte der Mitgliedsstaaten sind in Compliance gewesen, schon vor der Krise, und haben sich als compliant gezeigt mit diesen Praktiken, als die Krise ausbrach, und häufig ist es so, dass völlig abweichende Praktiken auch bei dieser Pandemiebekämpfung von Mitgliedsstaaten gezeigt worden sind. Und das ist unter anderem möglich, weil mit diesen Compliance Aufforderungen nicht ein Verhaltenskodex einhergeht, sodass auch nicht klar ist, dass, wenn die WHO Compliance fordert, welche Form von Compliance sie eigentlich fordert und in welchem Ausmaß. Und ein anderer Punkt, der wichtig ist, ist, dass die WHO sich regelmäßig schwertut mit dem Ausrufen einer internationalen Pandemie, weil es natürlich im Grunde genommen bedeutet, dass die WHO in die nationale Souveränität der Mitgliedsstaaten auch zumindest per Ausruf eingreifen möchte und natürlich auch wirtschaftliche Lockdowns und beispielsweise auch den Stopp von Warenverkehr, oder Ein- und Ausreisebeschränkung implizit dadurch fordert, und das ist natürlich für eine Organisation auch immer sehr schwierig, den richtigen Moment auch zu treffen. Vor allen Dingen in einer Pandemie, die sich durch Wellen zeigt und vor allen

Dingen auch sehr unterschiedlich sich über die einzelnen Nationalstaaten und Mitgliedsstaaten der WHO ja auch ausgebreitet hat. Siehst du in der WHO diese Mängel auch und dieses Verhältnis zwischen der Autorität der WHO als einer Organisation, die den Auftrag hat, international für Gesundheitsstandards zu sorgen, und der Souveränität von Nationalstaaten, vor allen Dingen von populistisch regierten Nationalstaaten? Vielleicht auch noch einmal ein Beispiel bevor du respondierst, wir haben ja auch eine mangelnde Koordination auf anderen multilateralen Ebenen feststellen können. Beispielsweise hat die G7 und die G20 sehr spät erst überhaupt reagiert und überhaupt erst sich positioniert gegenüber der Krise. Der UN-Sicherheitsrat war völlig lahmgelegt. Es gab keine Sicherheitsratsresolution, die irgendeine Form von auch symbolischer Strahlkraft für die internationale Staatengemeinschaft haben könnte, weil China natürlich vor allen Dingen auch durch das Zutun der USA sich nicht als der Verantwortliche sozusagen deklarieren lassen wollte, der diese Krise verursacht hat. Es gab also auch einfach Defizite bei der sprachlichen Koordination der Sicherheitsratsmitglieder. Wie ist es denn um die internationale Ordnung und diese Organisation und multilateralen Foren bestellt, wenn sie solche Defizite aufzeigen? Vielleicht siehst du diese Defizite auch nicht, aber das ist zumindest etwas, was ich beobachtet habe und auch andere, die in Frage stellen, ob die multilaterale Ordnung tatsächlich auf solche Krisen auch in der Zukunft vorbereitet ist.

Sebastian Harnisch: Ja, vielleicht fange ich am Schluss an. Ich bin da nicht so, nicht so pessimistisch wie es vielleicht bei dir herausklingt, sondern eher realistisch. Ich bin auch nicht optimistisch. Diese Krise, ich greife nochmal den Gedanken des Schleiers der Ungewissheit auf, ist insofern schwieriger zu lösen für kooperative und institutionalisierte Zusammenarbeit, weil Staaten erst einmal begreifen müssen, welche Art von Problem sie vor sich haben. Und wenn man schaut, wie unterschiedlich die bundesdeutschen Bundesländer darauf reagiert haben, und wir Ausreisebeschränkungen und Einreisebeschränkungen für Urlauber zwischen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen haben, dann können wir das hochpotenziert sehen, dass selbst in einem Gemeinwesen wie der Bundesrepublik dieser Koagulationspunkt – wir wissen, welches Problem wir haben, und wir können zu einer gemeinsamen Lösung kommen – dass das schon verdammt schwierig ist. Die Welt hat kein einheitliches Coronaproblem, sondern sie steckt in unterschiedlichen Phasen und Wissenszuständen und Verbreitungszuständen von dieser Pandemie. Das ist anders zu anderen Krisen, ich sag mal nukleare Proliferation oder Handelsbeziehungen, wo wir sehr viel mehr Gewissheit über den Zustand des internationalen Handels haben, als das im Fall der Pandemie der Fall ist. Das ist das eine, sodass man nicht aus dem Weltgesundheitspolitikfeld notwendigerweise auch auf andere Politikfelder schließen kann oder schließen sollte. Sie haben natürlich eins gemeinsam, dass ihnen die US-Führung fehlt, und Führung ist eine Rolle, die sagt wo's lang geht – ich paraphasiere es jetzt mal – und man kann nur sagen, wo es lang geht, wenn man weiß, wo der Weg ist und wo man hin will. Und weder wissen die

USA, wo sie hinwollen, noch wissen sie den Weg dahin, weil der Präsident eine sehr kurzfristige Sichtweise im Augenblick auf die Dinge verfolgt und sich in seinem Tun und Handeln sehr wahrscheinlich, so der Eindruck von außen, an seinen Wiederwahlchancen orientiert und von Tag zu Tag taktiert. In Bezug auf die WHO - und da kommt der Realismus rein – und Realismus mit einem kleinen „r“, wenn man so will – Internationale Organisationen sind nur so stark, wie die Mitgliedsstaaten sie machen. Die WHO wird zu 20 Prozent aus Pflichtbeiträgen bestritten und zu 80 Prozent aus freiwilligen Beiträgen. Man stelle sich vor, deutsche Schulen würden zu 20 Prozent aus Steuern und zu 80 Prozent aus freiwilligen Beiträgen finanziert und dann wollte man gute Schulergebnisse da rausholen. Das wäre ein schwieriges Unterfangen, sodass man gerechterweise sagen muss, dass die Staaten die WHO schwach haben wollten und sie auch schwach gehalten haben, unabhängig davon, dass die WHO-Führung und andere Teile sicherlich Fehler begangen haben. Wenn man die Geschichte der WHO ein bisschen genauer betrachtet – und da gibt es mittlerweile auch sehr viele gute Podcasts im Netz dazu, vor allen Dingen in den USA – dann sieht man, dass die USA über Epidemien und Pandemien, wie die Ebola Epidemie, SARS und MERS in den 2000er Jahren, erhebliche Fortschritte gemacht hat, aber sie ist immer noch nicht gut genug, da sind wir uns alle einig. Und dann kommt natürlich erschwerend hinzu, wenn es eine Organisation ist, die eigentlich nur Vorschläge unterbreiten kann und dann die jeweiligen Regierungen darauf reagieren sollen in der richtigen Art und Weise, dass das notwendigerweise nicht unbedingt zu einem guten Ergebnis führen wird. Das ist auch klar. Wir sehen halt eine Welt, um es jetzt mal auf die USA zuzuspitzen, in der wir einen anomischen Zustand haben, also einen Zustand, in dem die Hauptmächte, die Großmächte der Welt nicht den Weg zeigen, weil sie selbst den Weg nicht kennen. Und das ist für viele Staaten, kleinere Staaten, mittlere Staaten, so wie die Bundesrepublik, natürlich ein beängstigender Zustand, weil über Jahrzehnte hinweg die Situation klar schien oder deutlicher schien, als es jetzt ist. Letztes Wort dazu: Es gab Szenarien, dass so etwas mal passieren könnte, dass es zunehmend zu Pandemien kommen könnte, und die waren erschreckend nah an der Realität, die wir heute sehen. Wir haben diese Szenarien in den 2000er Jahren nicht wirklich ernst genommen für die politische Planung, und wir zahlen jetzt, und nicht wir beide, aber die Gesellschaften, in denen wir leben, natürlich einen bitteren Preis dafür und ja, auch einen sehr unterschiedlichen Preis, weil die Kosten natürlich in den Gesellschaften auch noch mal – du erwähntest die Arbeitslosenzahlen, du erwähntest die Zahlen der persönlich Betroffenen dieser Epidemie – die sind ganz unterschiedlich verteilt, auch in den USA. Die Chancen zu erkranken sind zwischen den Bevölkerungsgruppen dramatisch unterschiedlich verteilt.

Gordon Friedrichs: Dass die Welt die Krise unterschiedlich erlebt, das ist offensichtlich. Dass allerdings das Mitfühlen der internationalen Staatengemeinschaft mit dem Schicksal anderer Gesellschaften, dass das offensichtlich nicht ausgeprägt genug ist, um eine weitere Institutionalisierung und Stärkung der WHO zu

rechtfertigen, das finde ich ist schon offenkundig. Und ich finde, wenn es um das Menschenleben und die Gesundheit von Menschen geht, hat sich die Staatengemeinschaft schon auf andere Statuten und Abkommen verständigt – Menschenrechtsnormen und andere – die durchaus sehr resilient sind und auch sehr durchsetzungsstark.

Sebastian Harnisch: Da würde ich gerne mal einhaken, das sehe ich schon noch ein bisschen anders. Also zum einen, du hast sicherlich Recht, die Europäische Union beispielsweise hat als Organisation nicht wirklich hart dazu beigetragen. Zwei Gegenargumente: Erstens, die Europäische Union hat kein Mandat in der Gesundheitspolitik, traditionell zumindest kein starkes, und zweitens, wenn man nach der ersten Schockphase mal hinschaut wie viel Solidarität es unter den europäischen Staaten gegeben hat, zum Beispiel bei Hilfsflügen von Patienten zwischen unterschiedlichen Staaten, sogar das Solidaritätskapital zwischen Deutschland, Italien, aber auch nach Osteuropa, das war da. Wo sich die Solidarität der Staatengemeinschaft zeigt, oder zeigen muss, ist wenn dieser Virus die Ärmsten der Armen und die Hilflosesten trifft. Und noch ist er auf dem afrikanischen Kontinent nicht in der Form explodiert, wie er es in Italien oder in New York oder in Brasilien getan hat. In Brasilien kann man sehen, wie eine Gesellschaft, die eigentlich solidarisch sein sollte zwischen den weißen und den anderen brasilianischen Bürgern, wie die auseinanderklafft. Und das ist erschreckend anzusehen. Aber ich glaube, der eigentliche Test steht der Welt in diesem Fall auf jeden Fall noch bevor, und ich möchte auch nochmal darauf verweisen, "I hate to say it" im Amerikanischen, aber die Volksrepublik China hat gerade für die Ärmsten der Armen Staaten die Schulden bis zum Ende des Jahres gestundet – immerhin zwei Milliarden US-Dollar wert. Ich hätte mir gewünscht, dass die westliche Staatengemeinschaft, die USA, oder die Bundesrepublik Ähnliches und früher getan hätte, um der Volksrepublik nicht diesen Public Relations Erfolg zu geben. Aber dass die Staatengemeinschaft jetzt völlig entsolidarisiert wäre, ich glaube das ist auch eine Fehlwahrnehmung. Und man muss natürlich auch sagen – letztes Wort von mir – der primäre Ansprechpartner sind funktionierende, nationale Regierungen, weil die nach den Seuchen und Infektionsschutzgesetzen die Autorität ausüben, und da geht nichts dran vorbei. Wenn die US-Bundesregierung versagt, und sie hat versagt, da sind sich die meisten unabhängigen Beobachter einig, dann kann die Bundesrepublik Deutschland, die USA, die Bundesregierung, nicht retten. Die einzelnen Bundesstaaten haben da sehr viel verantwortlicher gehandelt, muss man sagen, und deshalb gibt es auch viel Anerkennung, beispielsweise für den Bundesstaat New York, in Fachkreisen dafür, was New York geleistet hat mit der Hilfe aus anderen Bundesstaaten natürlich.

Gordon Friedrichs: Und trotzdem natürlich ist es einfach erschreckend, dass die Trump Administration sich gegenüber der WHO so verhält, wie sie das schon bekundet hat, nämlich nicht nur, dass sie nicht mehr die Beiträge zahlen möchte an

die WHO, sondern, dass sie auch aus der WHO austreten möchte. Sebastian, du hast es schon angesprochen, gerade aus der US-Führungsrolle-Perspektive und diese Vorstellung, dass mit einer Führungsrolle, einer internationalen Führungsrolle, auch die Bereitstellung öffentlicher Güter einhergeht, da ist es tatsächlich so, dass das Finanzvolumen der USA im Haushalt für "Global Health" zwischen 2001 und 2010 massiv angewachsen ist, im Vergleich zu den 90er Jahren, aber seit 2010 stagniert. und unter der Trump Administration für das Haushaltsjahr 2021 auf einem historisch niedrigen Stand ist, nämlich bei 7,7 Milliarden US-Dollar. Hinzu kommt, dass das Geld, das die USA der WHO zur Verfügung stellen, ähnlich auf einem historischen Tiefstand sein wird 2021, nämlich bei 58 Millionen US-Dollar. Es lag die Jahre davor immer bei 100 bis 120 Millionen US-Dollar, also es ist um die Hälfte gekürzt. Die Trump Administration wollte es sogar noch viel drastischer kürzen, der Kongress hat da aber dann irgendwann die Bremse gezogen in den Budgetverhandlungen, in den Haushaltsverhandlungen, und ist bei diesem Wert geblieben. Da ist natürlich die Frage, wenn diese Materialität der USA nicht zur Verfügung gestellt wird, was, einerseits, macht das mit der WHO und andererseits, was macht das mit der internationalen Staatengemeinschaft, die dann zunehmend auf sich selbst sich verlassen muss und eventuell die eigenen Ressourcen hochfahren muss, damit diese Pandemiebekämpfung auch in der Zukunft halbwegs erfolgreich umgesetzt werden kann?

Sebastian Harnisch: Wenn ich da einhaken darf, Gordon, ich hätte es nicht besser sagen können. Die USA fallen aus und Westeuropa, die Bundesrepublik, muss die ausfallenden Summen und wahrscheinlich noch darüber hinaus ergänzen oder ersetzen, muss mehr Geld dafür ausgeben. Wenn wir in einer regelgeleiteten, von internationalen Organisationen zu Kooperation angeleiteten Welt leben wollen, dann müssen wir uns das mehr kosten lassen und dann steht in Frage, glauben wir denn, dass die WHO einen guten Job macht oder nicht? Aber sich immer über das Versagen der anderen zu beklagen, das hilft uns in dieser Krise nicht weiter, und für die USA kann ich nur sagen, es tut mir im Herzen weh zu sehen, wie dieses politische System sich nach und nach selbst schadet und zerlegt, wirklich, und de-institutionalisiert, und die Beziehung zwischen Kongress, Präsidentschaft, Justizwesen, Bevölkerung, Bundesstaaten und Bundesebene zersetzt wird durch die Polarisierung, die wir im System sehen. Und das sollte uns demütig machen, dass solche Entwicklungen natürlich auch in anderen demokratischen politischen Systemen möglich sind und wir alles daransetzen müssen, das zu verhindern. Gleichwohl ist es so, die Trump Administration ist, oder sieht sich selbst, glaube ich, in der Wahrnehmung, in einer vitalen Auseinandersetzung um den Regimeerhalt im Präsidentschaftswahlkampf, und sie wird durch Zuspitzung der internationalen Bedrohungslage und auch der innerstaatlichen Bedrohungslage alles daran setzen, ihre Wählerschaft zu motivieren, um sie zur Wiederwahl zu führen. Und dass die Trump Administration da androht, aus der WHO auszutreten, oder vielleicht auch irgendwann mal aus der NATO auszutreten, oder aus anderen internationalen Organisationen, das sollte uns nicht

verwundern. Ob sie es dann tatsächlich tun, werden wir sehen. Und wir werden auch sehen, wer der nächste amerikanische Präsident ist. Das ändert ja nichts an der Tatsache, dass die Bundesrepublik und Europa verantwortlicher jetzt handeln muss und erkennen muss, dass Pandemien auf einem Niveau von 20 Prozent Pflichtbeiträgen und 80 Prozent freiwilligen Beiträgen bei einem Budget, das ein Drittel der Ausgaben des *Center for Disease Control* in den USA markiert – ja, das CDC hat sieben Milliarden die WHO hat 2,2 Milliarden pro Jahr – da sollte es niemanden verwundern, dass die WHO versagt, weil sie versagen muss in weiten Teilen, und sie macht für das Geld, was sie bekommt, in Teilen noch einen sehr passablen Job, aus meiner Sicht. Wir müssen uns davon verabschieden, Gordon, als Transatlantiker, dass die USA mit dieser Administration bis zum Ende ihrer Amtszeit, wann immer die sein mag, noch einmal diese Rolle ausüben wird und die internationale, liberale Ordnung und internationale Organisation aufrechterhalten wird. Nein, das wird sie nicht, sondern im Gegenteil sie wird im Wahlkampf womöglich ein "Double-Down" machen und es noch weiter auf die Spitze treiben.

Gordon Friedrichs: Noch ist nicht aller Tage Abend, denn selbst, wenn die Trump Administration es ernst meint mit ihren Austrittsbekundungen aus der WHO, hat der Kongress noch ein Mitspracherecht. Es ist auch noch nicht so ganz klar, welche dieser Zahlungen die Trump Administration eigentlich genau aussetzen möchte, also ob es die Mitgliedsbeiträge sind, oder die freiwilligen Zahlungen der USA. Zum einen ist es natürlich so, die WHO hat auch noch ein Mitspracherecht bei diesem Austritt, denn grundsätzlich ist es so, wenn ein Mitgliedsstaat den Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt, dann kann die WHO und die Mitgliedsstaaten der WHO diesem Mitglied das Wahlrecht absprechen, sodass wir auch in eine Situation kommen können, in der die Trump Administration sich weigert zu zahlen, Mitglied bleibt, aber nicht mehr abstimmen darf. Das kann eine Situation sein. Eine andere Situation kann sein, dass der Kongress, der nämlich auch einmal eine Resolution verabschiedet hat, 1948, und in [dieser] auch im Grunde genommen vorgesehen hat, dass, wenn der Präsident aus der WHO austreten möchte, zwei Konditionen erfüllt sein müssen. Die erste Konditionen muss sein, der Präsident kündigt diesen Austritt zumindest zwölf Monate vorher an, und die zweite ist, dass der Präsident, also die Exekutive, alle ausstehenden Zahlungen an die WHO noch erfüllt, sodass es auch sein kann, weil es diese Zwölf-Monats-Klausel gibt, dass die Wahl, wenn sie denn so ausgeht, wie manche es aktuell prognostizieren, nämlich, dass Joe Biden die Wahl gewinnen wird, es auch sein kann, dass dieser Austritt und dieser Zahlungsstopp nie eintreten wird bzw. dass der budgetierte Zahlungsstopp 2021 vielleicht noch greift, aber durch die Wahl der Austritt verhindert werden kann. Es kann aber auch sein, wenn Trump die Wahl gewinnt, dass der Kongress, je nachdem, wie er sich denn verändert in seinen Mehrheitsverhältnissen, eine sogenannte „Appropriation“ verabschiedet, also eine Bewilligungsvorlage, die diese Resolution von 1948 ergänzt, indem weitere Auflagen gemacht werden, nach denen so ein Austritt erfolgreich umgesetzt werden kann. Es gibt schon noch so ein paar „Checks and Balances,“ die der Präsident vor dem

kompletten Abreißen der internationalen Ordnung aufrechterhalten, und das ist nur so einer, am Beispiel der WHO. Wir wollen ja noch über China sprechen; das Verhältnis zwischen den USA und China. Vielleicht kannst du kurz deine Einschätzung geben, wie sich das Verhältnis zwischen den beiden Staaten denn durch die Krise verändert hat.

Sebastian Harnisch: Vielen Dank erst mal für die glänzende Überleitung, denn am China-Fall kann man sehr gut sehen, dass die Trump Administration zögert. Und ich will das mal an einer Einzelfallentscheidung aus der letzten Woche deutlich machen, dass der Präsidentenberater für China, Peter Navarro, ankündigt, dass der sogenannte Zwischendeal oder „Phase One Deal“ nun zusammengebrochen sei und man wieder in einer Situation des Handelskriegs sei, woraufhin der amerikanische Präsident drei Stunden später verlauten lässt, dass das keineswegs so sei, sodass man erkennen kann, dass innerhalb der Administration es unterschiedliche Schulen in der China-Frage gibt und ich behaupten würde, dass Donald Trump im Augenblick mit dem Wirtschaftsteam um Minister Mnuchin gemeinsame Sache macht und nicht mit dem China-feindlichen Flügel um Peter Navarro, und wir haben es ja auch gesehen. Es hat in den letzten Tagen Gespräche in Hawaii zwischen Pompeo und seinem chinesischen Counterpart gegeben, die hart waren, aber die nicht dazu geführt haben, dass der Konflikt zwischen beiden weiter eskaliert ist.

Gordon Friedrichs: Man kann vielleicht noch Robert Lighthizer mitreinnehmen, der US-Trade Representative, wobei auch noch nicht so ganz klar ist, wie lange er noch dieses Amt bekleiden wird.

Sebastian Harnisch: Darüber kann man natürlich dann über die inneren Mechaniken des Entscheidungsprozesses erfahren – ich will nur an das Buch von John Bolton erinnern, das gerade in den letzten Tagen herausgekommen ist – aber zurück zu dem Thema China, und da möchte ich mal eine Lanze für die Trump Administration brechen, in all ihren Brüchen, Wendungen und Schwierigkeiten, dass die Trump Administration zum Beispiel bei den doch recht harschen Aussagen zur Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA und den Verhandlungen in letzter Konsequenz zumindest die Behauptung aufrechterhalten hat, dass sie einen „Better Deal“ verhandeln wollte. Jetzt kann man darüber streiten, ob das Nachfolgerprojekt tatsächlich einen „Better Deal“ für die USA darstellt. Ich habe da so meine Zweifel. Aber im Fall der Volksrepublik würde ich sagen, dass die Verhandlungsstrategie des Präsidenten als auch der Ökonomen um Minister Mnuchin darauf abzielt, tatsächlich mit maximalem Druck eine chinesische Verhaltensänderung in zentralen Bereichen der Handelspolitik zu erzielen. Die Frage ist: „Do they drop the ball?“ also verlieren sie die Kontrolle über die eskalatorischen Dynamiken? Bisher hat sich die Volksrepublik moderat gezeigt, hat nicht eskaliert, hat verhältnismäßig auf jede Sanktionsrunde reagiert, aber es mehren sich auch in der Volksrepublik die Stimmen,

beispielsweise durch den Verkauf von US Treasury Bonds, durch den Aufbau eines eigenen auf dem Renminbi basierten Zahlungssystems etc., härtere Maßnahmen zu ergreifen gegen die USA. Und sollte die Trump Administration wiedergewählt werden, wäre das sicherlich eine Situation, wo die chinesische Regierung sagen würde, wir müssen eine zu den USA alternative Finanz- und Handelsordnung aufbauen, in der beispielsweise die USA nicht mehr über Sanktionen verhindern können, dass wir US-Dollar-denominierten Handel betreiben. Denn auch das ist etwas, was die USA jetzt bzw. die Trump Administration in den letzten Wochen und Monaten diskutiert haben, dass man China vom internationalen Zahlungsverkehr ausschließen könne, und das wäre für die Handelsnation Volksrepublik natürlich die Axt wirklich an der Wurzel. Und insofern muss man abwarten, im wahrsten Sinne des Wortes, ob sich so eine eskalatorische Dynamik noch einstellt. Vielleicht noch ein Punkt zur Volksrepublik, denn da ist es so, dass man schon erkennen kann, dass die chinesische Regierung darum bemüht ist, bessere Beziehungen zu anderen Akteuren aufzubauen, und das im Augenblick auch nicht gut aussieht für die Volksrepublik; Stichwort Grenzkonflikt mit Indien oder das Treffen mit der EU-Führung in den letzten Tagen, wo die EU deutlich gemacht hat, in Menschenrechtsfragen als auch in Investitionsfragen, dass die EU nicht gewillt ist, vor dem Hintergrund dieses Handelskonflikts von den eigenen Positionen in irgendeiner Form abzurücken. Auch in der Hongkong-Frage nicht. Sodass der chinesischen Führung im Augenblick ein bisschen der Wind ins Gesicht weht und die USA und die Trump Administration pusten kräftig mit, das kann man wohl sagen, aber sie tun es nicht so, für mein Dafürhalten im Augenblick, dass China den vorletzten und letzten Schritt geht und deutlich eskaliert. Im Augenblick nicht.

Gordon Friedrichs: Ja, und ich bin mir auch nicht sicher, ob nach den Wahlen – und das ist so ein bisschen die Brücke zu unserem letzten Themenblock – ob nach den Wahlen sich diese härtere Haltung der USA gegenüber China so stark verändert, wenn ich beispielsweise an die Vorwahlkämpfe der letzten Tage in den USA erinnern darf oder darauf aufmerksam machen kann. Wir haben eine progressive Bewegung innerhalb der Demokratischen Partei, klarer Linksruck, der sich in vielen Themenfeldern auch in der Außenpolitik zeigt, beispielsweise in der Frage des internationalen Handels, die sehr China-kritisch auftreten. Nicht nur, was Menschenrechtspolitik angeht, zumindest die Gefährdung auch von Minderheiten durch das chinesische Regime, sondern auch in Handelsfragen. Die sind zu Teilen gar nicht so weit weg von der Trump Administration. Sie sind vielleicht dahingehend zu unterscheiden, weil sie vor allen Dingen möchten, dass sich die WTO ein Stück weit auch reformiert und einfach besser durchsetzbarere Regeln auferlegt, die gegenüber China durchzusetzen sind. Und je nachdem welche „Bargains“ Joe Biden noch eingehen muss, damit er dann Präsident werden darf, vor allen Dingen auch von wirklich einer breiten demokratischen Wählerschaft, die es auch in dieser Form so nicht mehr gibt, wie sie die noch 2008 gegeben hat, als Obama Präsident wurde. Dass er die erreichen kann, das ist ein bisschen davon abhängig, wie er sich dann auch

gegenüber China positioniert. Wie viel Wahlversprechen, Wahlkampfversprechen muss er noch eingehen, die ihm dann einfach auch ein Stück weit die Hände binden, sobald er Präsident ist, doch weniger Engagement machen kann, als er das vielleicht noch der Obama-Administration als Vizepräsident machen durfte. Das bringt mich zu den Wahlen, da wollten wir vor allen Dingen über internationale Krisen sprechen, die von Corona entweder überdeckt werden oder durch die Coronakrise verstärkt sichtbar werden, und inwiefern diese durch den Ausgang der Wahlen verändert werden, dynamisiert werden können oder eingehalten werden können.

Sebastian Harnisch: Ich bemühe nochmal den Schleier der Ungewissheit.

Gordon Friedrichs: Ich sollte auch nochmal Rawls lesen.

Sebastian Harnisch: Es könnte auch so sein, dass China als erstes einen Impfstoff entwickelt und sich großzügig zeigt, und die USA kaum umhinkommen werden, bei ihren Infektionszahlen, diese Großzügigkeit in irgendeiner Form anzuerkennen oder zumindest sich dem auszusetzen. Sehr wahrscheinlich würde es so sein, dass die ersten Impfstoffe auch nicht perfekt sind oder dass es zu parallelen Entwicklungen kommt, aber „the race is on“, und wer es als Erster gewinnt, der wird in dieser Krise ganz wesentlich ein öffentliches Gut für viele Staaten, vor allen Dingen in der Dritten Welt, bereitstellen können, wenn er es in Massen produzieren kann, sodass das etwas ist, was wir ein Black Swan nennen. Es ist eine Frage, von der wir nicht wissen, wie sie ausgeht, und die kann eine wesentliche Veränderung bringen, zumal wenn sie vor den Wahlen noch stattfindet. Das zweite in Bezug auf Wahlen und internationale Krisen und, verzeih mir, wenn ich da ein bisschen politikwissenschaftlicher werde und ein Thema anspreche, das ich seit langem erforsche, der Eindruck ist aufgekommen in Gegnerstaaten der USA, dass der Präsident verletzlich ist, weil er zu offensichtlich von einer „America First“ zu einer „Trump First“ Politik übergegangen ist. Und „Trump First“ Politik ist, dass er nahezu bereit ist, alles zu tun, um wiedergewählt zu werden. Wenn man die Wiederwahlchancen also vermindern kann des Präsidenten, beispielsweise indem man eine internationale Krise evoziert – und da gibt es so ein oder zwei Staaten, z.B. Nordkorea durch einen Test einer Langstreckenrakete oder durch einen weiteren Nukleartest – die einfach den Präsident Lügen strafen würden, weil er ja die Behauptung in den Raum gestellt hat, dass die Beziehungen zu Nordkorea unter ihm sich deutlich verbessert hätten. Dass diese Staaten einen Präsidenten, der auf gute Beziehungen zum Ausland oder zumindest stabile Beziehungen zum Ausland einerseits und andererseits auf das wirtschaftliche Wohlergehen seiner Wähler angewiesen ist, [behindern]. Wenn sich die Volksrepublik beispielsweise dazu entschließen sollte, wie sie es angedeutet hat, die Absatzmengen für Sojaprodukte und anderes nicht einzuhalten, die in diesem Zwischen-Deal, „Phase One Deal“ getroffen worden sind, und damit die Wählerbasis im Mittleren Westen des Präsidenten zu untergraben und die wirtschaftliche Schraube

im Vorwahlkampf anzuziehen und den Präsidenten wirklich zu schaden – und die Volksrepublik wäre dazu in der Lage – ein sehr gefährliches Spiel. Wenn das passieren würde, dann könnte mit Corona verbunden eine Situation entstehen, wo Außenpolitik und internationale Krisen einen direkten Einfluss auf die US-Wahlen ausüben könnten. Und das könnte natürlich auch andersherum passieren. Nehmen wir mal an, eine Krise mit dem Iran eskaliert, die USA töten ein weiteres Regierungsmitglied aus dem Iran, so wie es Anfang des Jahres mit Soleimani passiert ist, dann könnten solche Krisen auf die Wiederwahlchancen des Präsidenten wirken, entweder indem sie es schwieriger machen oder indem Donald Trump selber ein „rally around the president“ Effekt – ja, es gibt keine „flag“ mehr, es ist nicht „America First“, es ist „Trump First“ – Effekt geben könnte. Das wäre keine gute Situation, Gordon, weder für die USA noch für die Bundesrepublik. Ich fürchte, dass das nicht ganz unwahrscheinlich ist, dass so etwas passiert. Es ist aber auch nicht wahrscheinlich, dass es passiert. Aber wir müssen darauf vorbereitet sein, denn die Folgen dafür für die Bundesrepublik, für die Europäische Union, die wären massiv.

Gordon Friedrichs: Ja, ich würde dir zustimmen. Natürlich setzt es auch ein Stück weit voraus, dass diese Staaten sich tatsächlich so stark für die US-amerikanische Demokratie und den US-Wahlkampf interessieren, dass sie glauben, dass durch ihr Verhalten sich die US-Außenpolitik zu ihren Gunsten verändern würde. Es kann auch einfach sein, wie wir das beispielsweise bei der Weiterentwicklung des transpazifischen Partnerschaftsabkommen gesehen haben, dass einfach die anderen Staaten sich nicht mehr um die USA scheren. Es kann auch einfach sein, dass Sie sich weiterentwickeln und einfach Ihren Weg weitergehen und bestimmte Dinge tun und vereinbaren, zu denen die USA gerne eingeladen sind, aber die die USA nicht mehr unmittelbar mit beeinflussen können. Das ist auch möglich. Ich glaub die Europäische Union denkt in so eine Richtung, sie handelt vielleicht noch nicht so entsprechend. Aber die Frage ist natürlich auch mit deiner Argumentation verbunden, selbst wenn Donald Trump nicht wiedergewählt werden würde, trifft die Welt auf tatsächlich eine andere USA unter Joe Biden, auf eine potenziell rehabilitierte USA und US-amerikanische Demokratie oder trifft sie auf dieselben dysfunktionalen demokratischen Strukturen, die durch die Trump Administration einfach nur offenkundig werden und folgenreich jetzt nach mehreren Jahrzehnten Polarisierung, werden? Da bin ich mir nicht so sicher, ob beispielsweise, wenn man sich anschaut, welche Senatssitze jetzt mit in den Wahlkampf gehen, das Haus wird komplett neu gewählt, ist die Polarisierung tatsächlich aufzuhalten, oder ist sie auch ein Stück weit zu reparieren, oder ist das System schon so weit dysfunktional geworden, dass es gar nicht mehr darum geht, ob es um „Trump around the flag“ Effekt geht und eine „Trump First“ Politik, sondern es ist einfach ein dysfunktionales demokratisches System und welcher Staat in die Zielscheibe von US-Sanktionen gerät, aus welchen Gründen, das ist mittlerweile so willkürlich geworden, weil es einfach immer nur um temporäre Machtverhältnisse geht, die in Wahlperioden zustande kommen, und nicht mehr um eine geteilte Auffassung unter amerikanischen Eliten was Grundprinzipien

amerikanischer Außenpolitik sind. Da wäre ich vorsichtig und auch dahingehend, ob sich tatsächlich Staaten darauf verlassen sollten, wie kalkulierbar das amerikanische System ist. Weil durch einen Raketentest Nordkoreas oder einen Importstopp Chinas schreibst du den Staaten ja ein rationales Kalkül zu. Und die Frage ist, ob das für die Staaten tatsächlich der Weg ist mit der amerikanischen Demokratie, die so durchpolarisiert ist und so institutionell dysfunktional, ob das ein weiser Weg ist.

Sebastian Harnisch: Ich glaube nicht, dass das ein weiser Weg ist. Ich glaube aber, dass es möglich ist, dass es Staaten geben könnte oder Regierungen vielmehr, die versucht sein könnten, diese Situation auszunutzen. Ich glaube, dass die Mehrheit der Staaten versuchen wird, die Füße still zu halten „and to wait him out“. So kann man die Politik der Europäischen Union und vieler anderer Staaten zusammenfassen. Man kann nur nicht sicher sein, dass das für alle Staaten gilt, vor allen Dingen die Staaten, die glauben, dass sie einen relativen taktischen oder strategischen Vorteil genießen können, indem sie dem Präsidenten schaden. Und manche könnten versucht sein, zu glauben, dass sie dem Präsidenten schaden können und dadurch die US-Wahlen beeinflussen könnten. Das wäre nicht das erste Mal, dass Staaten das auf dem ein oder anderen Wege versuchen würden - Stichwort Russland und Wahlen 2016. Ich glaube aber auch, und da wäre ich wahrscheinlich, weil ich so ein paar Jahre älter bin als der wertvolle Kollege am anderen Ende der Leitung – die USA haben in den vergangenen Jahren reichlich Gebrauch gemacht von der demokratischen Freiheit, Dummheiten zu begehen, und die Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft ist nicht nur eine Dummheit, sondern es ist ein wirklicher Fehler, den die amerikanische Gesellschaft, glaube ich, selber zurückdrehen muss. Sie muss sich reformieren, um wieder zusammenzufinden, die „Divided States of America“ müssen mehr „United States of America“ werden, und die jüngsten Unruhen, die BlackLivesMatter Bewegungen zeigen das ja ganz deutlich an. Ich habe ein tiefes Vertrauen, dass die USA und die amerikanische Gesellschaft letztendlich dazu in der Lage sind, sich selbst zu reformieren. Es wäre ein großer Verlust, wenn diese Gesellschaft es nicht schaffen würde, für die USA, aber auch für die Welt, ohne Frage. Die Frage ist, wann sie dies tut und ich glaube, die Welt kann nicht darauf warten, dass sie es tut, sondern jetzt müssen andere voranschreiten und die Lücke versuchen, so gut wie es geht, zu schließen, die die USA auf absehbare Zeit gerissen haben. Und da wäre ich ganz bei dir, Joe Biden wird nicht mehr dahin zurückkehren können, wo Barack Obama und/oder Bill Clinton aus dem Amt geschieden sind. Wir werden nie in die alte Welt zurückkehren können, in der die USA eine legitime, international anerkannte, weitgehend anerkannte, Führungsrolle ausüben werden. Diese Zeiten sind leider – leider aus meiner Sicht – vorbei, da hat die Bundeskanzlerin ganz recht und da müssen die Europäer erwachsen werden und diesmal wirklich, denn wenn sie es nicht werden, dann sind sie dazu verdammt, sozusagen die bittere Seite des Scheiterns der amerikanischen Führungsrolle der letzten vier Jahre mit all seinen Auswirkungen auslöffeln zu müssen. Das gilt natürlich für die US-Regierung und die US-Bevölkerung erst einmal zunächst, aber die Folgen für Europa sind, weil die USA so

einflussreich waren und weil wir uns so sehr auf sie verlassen haben, die sind manifest, die sind groß, die sind substanziell.

Gordon Friedrichs: Und es wäre auch tatsächlich traurig, wenn die Coronapandemie in den USA die Polarisierung heilen könnte. Wenn es so eine drastische humanitäre Katastrophe bedarf, um die Polarisierung zu überwinden, denn die „Red States“ und „the Heartland of the United States“ sind jetzt betroffen und getroffen von der Corona Pandemie, und die Frage ist, ob das Missmanagement der Trump Administration ein politisches „Re-alignment“ kurz vor der Wahl in Gang setzen könnte und diese ideologischen politischen Gräben zwischen Konservativen und Liberalen überwinden könnte. Es wäre sicherlich für die Zukunft der Welt und der USA schön, aber es wäre natürlich auch historisch im Rückblick betrachtet traurig, wenn es zahlreiche Menschenleben bedarf, um eine Gesellschaft wieder zusammenzubringen, politisch.

Sebastian Harnisch: In Anbetracht der Tatsache, dass Kriege und Pandemien Staaten gemacht haben, und das lernen wir ja in diesen Tagen mehr und mehr, dass das öffentliche Gesundheitssystem durch die Pest in den italienischen Stadtstaaten ganz wesentlich vorangetrieben worden ist, und für ein öffentliches Gesundheitssystem man Steuern brauchte, das ist eine historische Erfahrung, die wir haben, dass Pandemien dazu führen, dass Staaten und Gesellschaften in ihrem Zusammenhalt erst erschüttert und dann gestärkt werden. Das mag traurig sein, von außen betrachtet. Wenn es der Weg ist, den die amerikanische Gesellschaft geht, dann ist es der Weg. Wir müssen auf unsere Gesellschaft achten, welchen Weg wir da gehen und natürlich ist es auch so, dass das von vielen Einzelentscheidungen abhängt, die bei den US-Bürgern selbst liegen, ob es dieses Ende nimmt. Das ist die Freiheit, die sie haben in der amerikanischen Demokratie. In vielen Staaten haben die Menschen diese Freiheit nicht mehr, darüber selbst entscheiden zu dürfen, wie sie darauf reagieren, sondern sie sind der Epidemie einfach ausgeliefert und das ist noch ein viel erbarmungswürdigerer Zustand.

Gordon Friedrichs: Ok, Sebastian, wir sind am Ende des heutigen Podcast.

Sebastian Harnisch: Wir sind viel zu lange, Gordon, geworden.

Gordon Friedrichs: Wir sind vermutlich zu lange. Das lag aber auf gar keinen Fall an mir.

Sebastian Harnisch: Das lag ganz allein an mir. Es ist ein wichtiges und großes Thema, worüber man natürlich auch mal länger sprechen könnte, über einzelne Teile.

Ich glaube wir sprechen mal mit Anja Schüler, ob wir in Zukunft noch einmal dürfen, selbst wenn wir so lange geworden sind bei diesem Mal.

Gordon Friedrichs: Genau. Und ich muss uns loben, wir haben es geschafft in der kompletten Podcast Folge nicht einmal über das Buch von John Bolton zu sprechen, was ja desaströs schlecht sein soll tatsächlich. Wir haben es kurz angesprochen, aber wir haben nicht en Detail darüber gesprochen. Es soll ja tatsächlich grauslich sein und keine müde Mark wert, von der er wahrscheinlich am Ende sowieso keine behalten wird, weil das Weiße Haus ihn vermutlich verklagen wird. Nichtsdestotrotz vielen Dank an dich, Sebastian, für die Zeit und den interessanten Austausch. Das hat mir viel Freude gemacht.

Sebastian Harnisch: Ja, mir auch. „To be continued“ würde ich sagen, Gordon

Gordon Friedrichs: Ja, genau.

Sebastian Harnisch: So Anja Schüler will.

Gordon Friedrichs: Genau, talking about Anja Schüler, in der nächsten Woche spricht Frau Schüler mit dem Kulturwissenschaftler Professor Dietmar Schloss über die Gelbfieberepidemie und die junge amerikanische Republik – eine kulturhistorische Einschätzung. Ich hoffe, Sie schalten dann wieder ein. Wir bedanken uns fürs Zuhören und bleiben Sie bitte alle gesund.